

Kommentar zur Konjunktur: Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Winterprognose 2025 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Donnerstag, den 18. Dezember 2025 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2025 bis 2027 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Rechtzeitig vor der weihnachtlichen Bescherung dürfen wir Ihnen heute aus dem österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung **leicht verbesserte Aussichten** melden.

Nach einem überraschend starken III. Quartal revidieren wir für das zu Ende gehende Jahr die Wachstumsrate des realen BIP von 0,3% auf 0,5% nach oben. Für 2026 erwarten wir eine leichte Verbesserung auf 1,2%. Im Jahr 2027 sollten es dann 1,4% werden. Damit wäre Österreich wieder **am oder sogar leicht über dem Durchschnitt des Euro-Raumes**.

Zwar künden diese Zahlen nicht gerade von einem stürmischen Aufschwung, **die Expansion ist aber breit aufgestellt**. Alle Sektoren dürften 2026 leicht wachsen.

Schon im Durchschnitt des laufenden Jahres liegt im Sektor der Warenherstellung die **reale Wertschöpfung** um etwa 0,5% über dem Wert des Jahres 2024. Im Oktober 2025 liegt das Produktionsvolumen in diesem Bereich um satte 7% höher als im Oktober 2024. In den nächsten beiden Jahren dürfte sich diese Erholung fortsetzen, und die Warenherstellung mit 1,6% und 1,8% expandieren. Deutlich niedrigere Energiepreise und eine mäßigere Lohnentwicklung schlagen sich hier positiv nieder. Allerdings werden damit die starken Einbußen von 2023 und 2024 nicht ausgeglichen, das Wachstum ist im Vergleich zu Erholungsphasen der Vergangenheit verhalten und der Zollhammer des Präsidenten der USA kann jederzeit neue Breschen schlagen.

Der Sektor "**Gastronomie und Beherbergung**" schafft die Trendwende. Im kommenden Jahr dürfte die reale Bruttowertschöpfung um 0,3% und im Jahr 2026 um 0,9% anziehen. Auch hier dürfte der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit gestoppt sein.

Auch die **Bauwirtschaft**, schon seit 2019 permanent im Rückwärtsgang, schwenkt wieder auf leichtes Wachstum ein. Nach Schrumpfung der realen Bruttowertschöpfung um 0,8% im Jahr 2025, dürften die kommenden Jahre leichtes Wachstum bringen, das allerdings kaum an 1% heranreicht.

Anders als im Nachbarland Deutschland wird die Dynamik vor allem von **anziehenden Exporten und Investitionen** getragen – Aggregate, die in den letzten Jahren besonders gelitten hatten. Aktuell liegen die Investitionen aber immer noch unter dem Vorkrisenniveau von 2019. Wenn man die sehr großen Investitionen der Energieversorger herausrechnet, sieht es noch schlechter aus; das belastet das zukünftig erwartbare Wachstum. Daher wäre es jetzt sehr an der Zeit, die steuerlichen Investitionsanreize zu stärken, etwa durch beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten.

Der **Konsum** trägt hingegen weiterhin nur unterdurchschnittlich zur Erholung bei, obwohl die Sparquote nun wieder einstellig werden dürfte. Die Budgetkonsolidierung, niedrigere Lohnabschlüsse und die weiterhin hohe Inflation tragen dazu bei.

Apropos Inflation: Im Jahresdurchschnitt 2025 liegen die Verbraucherpreise um 3,5% über dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Rücknahme von bremsenden Maßnahmen zu Beginn des Jahres 2025 zurückzuführen. Daher kommt es mit Beginn 2026 zu einer technischen Reduktion der Inflationsrate. Von den angestrebten 2%, geschweige denn von einer unterdurchschnittlichen Rate, ist Österreich aber weiterhin weit entfernt. **Im Jahresdurchschnitt dürfen die Preise um 2,6% expandieren.**

Die am Dienstag beschlossene Senkung der Elektrizitätsabgabe senkt die Jahresrate 2026 um 0,1 Prozentpunkt, erhöht sie aber nach Auslaufen im Jahr 2027 wieder um diesen Betrag. Daher sollte die Senkung der Abgabe dauerhaft erfolgen – wofür es freilich eine Gegenfinanzierung bräuchte, etwa aus den Einnahmen des Emissionshandels. Insgesamt bleibt auch 2027, unserer Erwartung nach, die heimische Inflationsrate mit 2,4% über dem Durchschnitt des Euro-Raumes.

Die Politik muss also die Dämpfung der Teuerung weiter priorisieren. Mehr Wettbewerb in allen Bereichen, u. a. auf dem Strommarkt, niedrige Importzölle, Zurückhaltung bei Gebührenerhöhungen, die Förderung von Preistransparenz und ein deutlicher Fokus auf die Angebotspolitik sollten zentrale Elemente dieser Politik sein.

Der Arbeitsmarkt hinkt der Konjunkturentwicklung hinterher. Im Jahresdurchschnitt dürfte die **Arbeitslosenquote 2026 ähnlich hoch sein wie 2025**, nämlich 7,3% nach österreichischer Definition. Im Jahreslauf sollte sie leicht absinken und 2027 bei 7,0% liegen. Damit verbleibt die Arbeitslosigkeit aber bis auf Weiteres bei über 300.000 Personen; die Anzahl von Personen in Schulung bleibt bei knapp 80.000 über die Jahre mehr oder minder konstant.

Erstmals in der Nachkriegsgeschichte geht in Österreich die **Erwerbsbevölkerung** zurück, heuer um knapp 10.000 Personen, 2027 schon um doppelt so viele. Dennoch nimmt die Erwerbstätigkeit zu, weil die Erwerbsbeteiligung von Frauen und eingewanderter Bevölkerung anwächst.

Die **Einkommensungleichheit**, gemessen am Verhältnis der durchschnittlichen Einkommen der 20% einkommensstärksten Haushalte zu jenen der 20% einkommensschwächsten, verbleibt bis auf weiteres auf dem relativ hohen Wert von 4,4, während die Armutsgefährdungsquote im Prognosezeitraum auf 13,7% sinkt und den zweitniedrigsten Wert seit 2007 erreicht.

Während die **Treibhausgasemissionen** in Österreich im Jahr 2025 stagniert haben dürften, erwarten wir im Jahr 2026 einen Rückgang von 1,8% und 2027 von 2,9%. Für die Erreichung der Emissionsziele wären Minderungen in mindestens doppelt so hohem Ausmaß notwendig.

Die budgetäre Situation ist weiterhin schwierig. 2025 dürfte das **Defizit des Gesamtstaates bei 4,6% des BIP** liegen, gerade einmal $\frac{1}{10}$ Prozentpunkt unter 2024. 2026 erwarten wir bei der aktuellen Planungslage 4,2% und 2027 4,0%. Immer noch viel zu hoch. Die Schulden wachsen stärker als das nominelle BIP, sodass die Schuldenquote weiter steigt. Dank besserer Konjunktur sollte bei der Budgetkonsolidierung nun ein Zahn zugelegt werden. Da die Staatseinnahmenquote weiter bei über 50% liegt, sollte das primäre Ziel nun sein, das Budget über eine Absenkung der Ausgabenquote – 2026 liegt sie bei 55%! – erfolgen. D. h., der **Schwerpunkt der Budgetsanierung sollte nun ausgabenseitig liegen**.

Das erscheint auch deshalb notwendig, weil nach Angaben der VGR, der reale **Staatskonsum seit dem IV. Quartal 2019 bis heute preisbereinigt um mehr als 16% gestiegen** ist, während das reale BIP nur um $3\frac{1}{2}\%$ zugenommen hat. Diese Diskrepanz ist für das Budgetdefizit ursächlich, illustriert aber auch die Potenziale, die sich nach Abebben der Stapelkrisen in der Budgetkonsolidierung eröffnen.

Unsere Prognose steht unter erheblichen Risiken. Die Erholung der Exporte bleibt anfällig für neuerliche weltwirtschaftliche Schocks. Die Unsicherheit ist hoch. Unsere Kollegen vom Münchner ifo-Institut gehen von einer vorübergehenden Schrumpfung des Welthandels 2026 aus. Und das Wachstum im III. Quartal 2025, welches hohen Einfluss auf den weiteren Konjunkturverlauf hat, könnte bei der nächsten Veröffentlichung revidiert werden – nach unten, aber auch nach oben.

Dazu sagt mein Kollege **Stefan Ederer** jetzt noch Näheres.

Wien, am 18. Dezember 2025

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.